

Planwirtschaft pur: Bundesregierung beschließt Milliardenförderung von E-Autos

6. November 2019 <https://www.journalistenwatch.com/2019/11/06/planwirtschaft-bundesregierung-milliardenfoerderung/>



Foto: Von Maridav/shutterstock

Berlin – Die Gesetze des Marktes und der freien Marktwirtschaft sind im Staate Merkel nunmehr amtlich ausgehebelt, im Namen des „Klimaschutzes“: Auf dem „Autogipfel“ im Kanzleramt wurde nicht nur – unter ideologischer Umgehung der Gesetze von Angebot und Nachfrage – der Ausbau einer Infrastruktur für Ladestationen beschlossen, sondern auch die künstliche Absatzförderung – durch ein milliardenschweres Kaufprämien-Programm. Zugleich werden vielversprechende Alternativantriebe politisch ausgebremst.

Verkehrsminister Andreas Scheuer formulierte beim gestrigen Gipfeltreffen von Industrie und Politik im Kanzleramt das Handlungsziel der Regierung: Die „Massenwirksamkeit der Mobilität von morgen“ maximal zu fördern. Eine Zahl von sagenhaften 600.000 bis 750.000 E-Fahrzeugen soll zum einen durch Verlängerung der seit 2016 geltenden Kaufprämien bis ins Jahr 2025 gefördert werden, wie das Portal „[fimico](#)“ unter Berufung auf den „Spiegel“ schreibt; zudem sollen rein elektrische Neuwagen mit einem Anschaffungswert unter 40.000 Euro mit fortan 6.000 Euro statt nur 4.000 Euro vom Staat bezuschusst werden. Teurere Modelle erhalten 5.000 Euro Förderung bei vollelektrischem Antrieb, bei Hybridtechnik sind es 4.000 Euro. Besonderer Lobby-Erfolg der Luxuswagenhersteller: Die bisherige Fördergrenze, die beim Anschaffungswert von 60.000 Euro lag, fällt weg – ab sofort gibt es auch Staatsknete für Oberklasse-Karossen.

Anders als die Investitionen in die Infrastruktur der E-Mobilität, die vom Staat von derzeit 21.000 Elektroladestationen auf 50.000 ausgebaut werden soll, handelt es sich bei den Fördermaßnahmen nicht nur um eine Wiedergeburt sozialistischer Planwirtschaft, die vermutlich Merkels Vorstellung einer Staatswirtschaft schmeichelt, sich jedoch an der Grenze zur Verfassungswidrigkeit bewegt. Schlimmer noch: Sie bedeutet eine Wettbewerbsverzerrung zulasten aller anderen Antriebe, die mit dem Holzhammer einen von oben verordneten deutschen Sonderweg zementieren soll. Völlig außer Acht lässt die Groko dabei die katastrophalen humanitären Folgen des für die in allen E-Autos benötigten Akkus unverzichtbaren Kobalt-Abbaus, der alleine im Kongo Monat für Monat zum Tod hunderter afrikanischer Kinder-Minensklaven führt.

Doch mit solchen Hässlichkeiten halten sich weder deutsche Salonpolitiker noch deutschen Autobauer lange auf. Vor allem die großen Autokonzerne sind fein raus: Für die künstliche Nachfrage nach Elektroautos, die bislang kaum einer will, sorgt die Regierung im Klimawahn; und die ungebrochen weiterhin vorhandene, reale Nachfrage nach Diesel- und Benzinfahrzeugen können sie trotzdem bequem decken, indem sie ihre Halden abverkaufen und die Preise für Neuwagen durch die staatlichen Fördergelder für E-Mobilität quersubventionieren können. Der von oben verordnete „Systemwechsel“ auf die umfassende E-Schiene erlaubt es ihnen zudem, unpopuläre und sozial folgenschwere Umstrukturierungen vorzunehmen, die zwar womöglich hunderttausende Arbeitsplätze kosten, aber trotzdem positiv nach außen vermarktet werden können – es geht ja um den Planeten.

Alternative klimaschonende Technologien für den E-Wahn gekillt

Damit nicht genug, sorgt die Regierung noch durch eine restriktive Zulassungspolitik, dass der freie Wettbewerb über innovative Antriebstechniken abgewürgt wird – und somit alternative Konzepte, die womöglich noch mehr fürs „Klima“ tun könnten als die Heilige Kuh Elektroauto, keine Chance am Markt erhalten: „[Focus](#)“ berichtet heute über das von Bosch entwickelte, hochinteressante Biodiesel-Verfahren „Care Diesel“, das eine deutliche positivere CO₂-Bilanz als alle bisherigen Dieselmotoren aufweist und zudem hocheffizient ist; angetrieben wird der bereits dem Praxistest unterzogene Diesel von einem „aus Rest- und Abfallstoffen sowie Altspeiseölen und Fettresten hergestellten Kraftstoff, der 100 Prozent regenerativ hergestellt werden könne“. Experten sehen hierin ein riesiges Potenzial, „durch regenerative und synthetische Kraftstoffe einen großen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung zu leisten.“

Doch wie reagiert das genehmigungspflichtige Bundesumweltamt auf diese echte Zukunftstechnologie? Mit Nichtzulassung – und zwar aufgrund einer Entscheidung der Bundesregierung, zugunsten der Elektromobilität NICHT auf alternative Kraftstoffe zu setzen. Die dem Umweltministerium unterstellte Behörde begründete die Nichtzulassung wie folgt: „Mit Elektrofahrzeugen stehen bereits Alternativen für Diesel-PKW zur Verfügung“. Wer sich hier nicht an die 4- oder 5-Jahres-Pläne der 1930er Jahre in Deutschland oder Stalins Sowjetunion erinnert fühlt, dem fehlt die Phantasie, wozu diese Regierung noch alles fähig ist. (DM)